



# Montfort-Bote

Amilliches Bekanntmachungs- und Mitteilungsblatt für die Gemeinde Langenargen mit Oberdorf

39. Jahrgang

Langenargen, den 28. April 1989

Nummer 17

## Mitbestimmung im EG-Binnenmarkt

Der renommierte Arbeitsrechtler und Professor an der Universität in Bremen, Prof. Dr. Wolfgang Däubler spricht am

3. Mai um 20 Uhr, im Restaurant „Zur Post“ in Langenargen.

Als Thema für diese Diskussionsveranstaltung ist die betriebliche Mitbestimmung im künftigen EG-Binnenmarkt vorgesehen. Besondere Brisanz erhält dieses Thema durch den Versuch der Einführung der Wochenendarbeit und den unterschiedlichen Mitbestimmungsregelungen in den EG-Ländern. Alle Mitglieder, Freunde und Kollegen lädt der SPD-Ortsverein herzlich ein. (HoMa)

SCHWÄBISCHE ZEITUNG NR. 100 / 4

DIENSTAG, 2. MAI 1989

FRIEDRICHSHAFEN

## Der Bodenseekreis berichtet

### „Mitbestimmung im EG-Binnenmarkt“

LANGENARGEN. Der renommierte Arbeitsrechtler und Dozent an der Universität Bremen, Prof. Dr. Wolfgang Däubler, spricht am Mittwoch, 3. Mai, um 20 Uhr im Restaurant „Zur Post“ in Langenargen. Als Thema für diese Diskussionsveranstaltung des SPD-Ortsvereins ist die betriebliche Mitbestimmung im künftigen EG-Binnenmarkt vorgesehen.

# Europa sozial-gerecht gestalten

## Prof. Dr. Däubler bei Langenargener SPD - Thema: Mitbestimmung

**LANGENARGEN.** Der Arbeitsrechtler Prof. Dr. Wolfgang Däubler von der Universität Bremen war Gast einer Europa-Wahl-Veranstaltung der SPD in Langenargen. Hiervon erreichte uns folgender gekürzter Bericht:

Zu Beginn seiner Ausführungen beschäftigte sich Däubler mit den anzustrebenden Zielen zur Verwirklichung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes Europa ab 1.1.93. Er bedauerte, daß die EG den Gipfel-Beschluß von 1972 zum Thema „soziales Europa“ nicht energisch weiter verfolgt wurde. Es gelte nun, die geplante Charta „Soziale Rechte für Europa“ möglichst schnell zu verabschieden und auch das Recht auf Arbeit ins Konzept aufzunehmen. Die betriebliche Mitbestimmung in der BRD sollte in der heutigen Form bestehen bleiben, doch könne durch europaweite Firmenfusionen die traditionell erkämpften Rechte außer Kraft gesetzt werden. Völlig ungeklärt seien auch die Arbeitnehmer-Rechte bei den von der EG neu vorgesehenen Firmen-Gesellschaftsformen. Die EG-Richtlinie sehe zwar alternativ drei Mitbestimmungsformen vor, es sei jedoch keine verbindlich vorgeschrieben. Insgesamt, so Prof. Wolfgang Däubler, habe die EG wenig zum Arbeitsrecht auf den Weg gebracht und das Wenige total offen gelassen.

In der anschließenden Diskussion betonte Prof. Däubler insbesondere die Notwendig-

keit von betrieblichen Vereinbarungen über einen Europäischen Betriebsrat und einen stetigen Kommunikationsfluß der Belegschaften über die Grenzen hinweg. Notwendig werde, Intensivkurse der jeweiligen Fremdsprachen zu belegen, damit ein kontinuierlicher Gedanken- und Informationsaustausch möglich ist.

Die Gefahr einer generellen Abwanderung von Unternehmen sieht Prof. Däubler nicht, zumal diese auch jetzt schon den Unternehmen möglich gewesen wären. Die Bundesrepublik Deutschland sei von der Produktivität her einer der interessantesten Standorte und werde dies auch bleiben. Gefragt sei natürlich eine sinnvolle Regionalpolitik im Binnenmarkt.

„Einen weiteren Ausbau der gesetzlichen und tariflichen Schutzregeln wie Mutterschutzgesetz, Arbeitsplatzschutz, Behindertenschutz hält Prof. Däubler auch weiterhin für möglich, wenn die Arbeitnehmer sich auf ihre Stärken besinnen und ihre gewerkschaftlichen Vertretungen auch künftig voll unterstützen. Als wichtig erachtete er eine große Zustimmung und Unterstützung bei den anstehenden Europa-Wahlen: „Heute haben wir noch die Möglichkeit, Europa sozial und gerecht zu gestalten. Diese Chance darf nicht vertan werden.“

HOM

SZ TT, 09.05.89





# Montfort-Bote

Amtliches Bekanntmachungs- und Mitteilungsblatt für die Gemeinde Langenargen mit Oberdorf

39. Jahrgang

Langenargen, den 12. Mai 1989

Nummer 19

Erscheint wöchentlich, jeweils freitags. Anzeigenpreis: Die ein-spaltige, 43 mm breite Millimeterhöhe DM -,47 + Mwst. Bezugspreis DM 3,50 mtl. frei Haus (im Quartal DM 9,50). Bei Postbezug im In- u. Ausland zuzügl. Postgebühren. Anzeigenpreisliste 1/89. Für telefonisch übermittelte Anzeigen und Texte keine Gewähr.



Druck+Verlag Lorenz Senn GmbH + Co. KG, Lindauer Straße 11, 7992 Tettang. Anzeigenannahme: Erika Glatzel, Langenargen, Bahnhofstr. 3, Tel. (07543) 2126 oder: H. Hauser (verantwortlich) in Fa. Senn, Tel. (07542) 6027 oder Langenargen, Jahnstr. 1, Tel. (07543) 3254. - Redaktionsschluß: jeweils mittwochs, 19.00 Uhr.

Verantwortlich für den amtlichen Teil der Veröffentlichungen der Gemeinde Langenargen: Bürgermeister Rolf Müller

## Prof. Dr. Däubler bei Langenargener SPD

Der Arbeitsrechtler Prof. Dr. Wolfgang Däubler von der Universität Bremen war Gast einer Europa-Wahl-Veranstaltung der SPD in Langenargen. Hiervon erreichte uns folgender gekürzter Bericht:

Zu Beginn seiner Ausführungen beschäftigte sich Däubler mit den anzustrebenden Zielen zur Verwirklichung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes Europa ab 1.1.93. Er bedauerte, daß die EG den Gipfel-Beschluß von 1972 zum Thema „soziales Europa“ nicht energisch weiter verfolgt wurde. Es gelte nun, die geplante Charta „Soziale Rechte für Europa“ möglichst schnell zu verabschieden und auch das Recht auf Arbeit ins Konzept aufzunehmen. Die betriebliche Mitbestimmung in der BRD sollte in der heutigen Form bestehen bleiben, doch könne durch europaweite Firmenfusionen die traditionell erkämpften Rechte außer Kraft gesetzt werden.

Völlig ungeklärt seien auch die Arbeitnehmer-Rechte bei den von der EG neu vorgesehenen Firmen-Gesellschaftsformen. Die EG-Richtlinie sehe zwar alternativ drei Mitbestimmungsformen vor, es sei jedoch keine verbindlich vorgeschrieben. Insgesamt, so Prof. Wolfgang Däubler, habe die EG wenig zum Arbeitsrecht auf den Weg gebracht und das Wenige total offen gelassen.

In der anschließenden Diskussion be-

tonte Prof. Däubler insbesondere die Notwendigkeit von betrieblichen Vereinbarungen über einen Europäischen Betriebsrat und einen stetigen Kommunikationsfluß der Belegschaften über die Grenzen hinweg. Notwendig werde, Intensivkurse der jeweiligen Fremdsprachen zu belegen, damit ein kontinuierlicher Gedanken- und Informationsaustausch möglich ist.

Die Gefahr einer generellen Abwanderung von Unternehmen sieht Prof. Däubler nicht, zumal diese auch jetzt schon den Unternehmen möglich gewesen wären. Die Bundesrepublik Deutschland sei von der Produktivität her einer der interessantesten Standorte und werde dies auch bleiben. Gefragt sei natürlich eine sinnvolle Regionalpolitik im Binnenmarkt.

Einen weiteren Ausbau der gesetzlichen und tariflichen Schutzregeln wie Mutterschutzgesetz, Arbeitsplatzschutz, Behindertenschutz hält Prof. Däubler auch weiterhin für möglich, wenn die Arbeitnehmer sich auf ihre Stärken besinnen und ihre gewerkschaftlichen Vertretungen auch künftig voll unterstützen. Als wichtig erachtete er eine große Zustimmung und Unterstützung bei den anstehenden Europa-Wahlen: „Heute haben wir noch die Möglichkeit, Europa sozial und gerecht zu gestalten. Diese Chance darf nicht vertan werden.“

HoM